

Indigene Umweltaktivisten in Lebensgefahr



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Ulrich Delius, Sarah Reinke, Catherina Schönhammer, Nadia Siebigtheroth

Redaktion: Yvonne Bangert, Inse Geismar

Titelbild: Jeff Pioquinto, SJ CC BY 2.0 (<http://www.jeffpsj.blogspot.de/>)

Layout: Tanja Wieczorek, Michaela Böttcher

Preis: 5,00 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im August 2015

Indigene Umweltaktivisten in Lebensgefahr

Einleitung	3
Asien	6
Philippinen: Lumad-Menschenrechtlern droht der Tod	6
Indien: Adivasi-Aktivisten werden Opfer von Übergriffen	8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	12
Russische Föderation: Indigene Organisationen weitgehend gelähmt, Aktivisten verfolgt	12
Mittelamerika	18
Mexiko: David gegen Goliath – Indigene verteidigen sich gegen Drogenbosse und zerstörerische Großprojekte	18
Guatemala: Willkürliche Inhaftierungen sollen indigenen Widerstand gegen Großkonzerne brechen	20
Honduras: Widerstand gegen Staudammprojekte ist lebensgefährlich	22
Südamerika	25
Kolumbien: Indigene Landverteidiger zwischen allen Fronten	25
Ecuador: Profit schlägt Naturschutz – indigene Umweltschützer auf verlorenem Posten	27
Brasilien: Morde und Gewalt gegen indigene Menschenrechtler und Umweltschützer nehmen zu, aber bei den Ashaninka wird die friedliche Alternative gelebt	30
Argentinien: Mapuche – Umweltschützer werden kriminalisiert	33

Einleitung

Kohle, Öl, Gas, Wasserkraft sind die Motoren für die Wirtschaft in den Industrienationen weltweit. Fast immer setzen Konzerne und Regierungen die Wirtschaftsentwicklung über Umweltschutz und Menschenrechte.

Die ersten Opfer dieses Prozesses, der sich zunehmend auch auf den Klimawandel negativ auswirkt, sind die etwa 450 Millionen Angehörigen von 5.000 indigenen Völkern weltweit. Ihre Lebensweise ist in aller Regel so fest mit der intakten Umwelt verwoben, in der sie leben, dass sie zu den entschlossensten Umweltschützern überhaupt geworden sind. Auch bei den Klimagipfeln, bei denen die internationale politische Welt immer neue Klimaziele beschließt, die sie in der Regel nicht erreicht, suchen Vertreter der indigenen Völker seit langem Sitz und Stimme. Denn anders als für die meisten von uns geht es für sie schon längst ums Überleben. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) will ihre Stimmen unterstützen und legt daher jetzt, gut vier Monate vor dem kommenden Klimagipfel von Paris (30.11. – 11.12.2015) eine Bilanz vor, die zeigt, wie brutal sich Konzerne, Großgrundbesitzer und auch Regierungen verhalten, wenn indigene Völker sich einem ihrer Projekte in den Weg stellen. 10 Länderbeispielen machen erschreckend deutlich, dass indigene Umweltaktivisten ihr Leben riskieren und allzu oft auch verlieren, wenn sie für das Überleben ihrer Gemeinschaften kämpfen.

Mindestens zwei Menschen werden jede Woche getötet, weil sie sich gegen Umweltzerstörung erheben, bilanziert die NGO Global Witness in einem Report im April 2015. Allein 2014 seien demzufolge 116 Umweltaktivisten getötet worden, 40 Prozent von ihnen Angehörige indigener Völker. Die Dunkelziffer ist vermutlich hoch, denn viele Opfer verschwinden ganz einfach in unzugänglichen Gebieten und werden nie gefunden.

Lippenbekenntnisse zu Gunsten der Ureinwohner gibt es viele. Der Inselstaat der Philippinen hat sogar den 9. August zum „Nationalen Tag der indigenen Völker“ ausgerufen, um diese Bevölkerungsgruppe symbolisch aufzuwerten. Doch seit Staatspräsident Benigno Aquino am 30. Juni 2010 die Amtsgeschäfte übernommen hat, sind 48 Umweltaktivisten in dem Land ermordet worden, so viele wie nie zuvor in einer Amtsperiode eines Präsidenten. Mehr als 30 der 48 Opfer waren indigene Menschenrechtler. Allein zwischen Oktober 2014 und Juni 2015 wurden im Norden Mindanaos 23 indigene Umweltaktivisten und traditionelle Führer wegen ihres Engagements gegen Bergbauprojekte und für die Erhaltung der Umwelt ermordet. Einen solchen Ehrentag für die Ureinwohner, den Dia do Indio, gibt es am 19. April auch in Brasilien. Aber auch hier konstatierte die Menschenrechtsorganisation der katholischen Bischofskonferenz für indigene Völker CIMI eine deutliche Zunahme der Mordfälle unter Indigenen im Jahr 2014 auf 138. Hinzukommen immer mehr Suizidfälle insbesondere unter den Kindern und Jugendlichen der Guaraní in Mato Grosso do Sul. 135 Menschen verloren dort angesichts der Perspektivlosigkeit ihrer Existenz den Lebenswillen.

Gezielt werden wichtige Repräsentanten indigener Gemeinschaften herausgegriffen und getötet, um so der Opposition gegen Bergbauprojekte, Stauseen oder Ölförderung die Basis zu entziehen. In Honduras wurden laut Global Witness 101 meist indigene Aktivisten allein zwischen 2010 und 2014 ermordet. Im Regenwald zwischen Peru und Brasilien wurden am 1. September 2014 der Ashaninka-Anführer Edwin Chota und drei weitere Angehörige seiner Gemeinschaft ermordet. Er war im Kampf um die Landrechte für seine Gemeinschaft Saweto und gegen Raubbau am Wald in Konflikt mit einem Holzhändler geraten, der illegal Bäume fällen ließ und Chota zuvor mehrfach bedroht hatte.

Indigene Völker können aber auch wie in Kolumbien zwischen die Fronten eines bewaffneten Konflikts geraten, den sie selbst gar nicht führen. In der sehr rohstoffreichen Region Cauca, in der Bergbauunternehmen ebenso Präsenz zeigen wie Guerilla und Armee, kamen in den vergangenen 10 Jahren mehr als 126 Indigene ums Leben. In der Hochebene des nördlichen Cauca besetzten im Dezember 2014 einige Gemeinschaften der Nasa Land, das ihnen per Dekret als Entschädigung für Menschenrechtsverletzungen zugesprochen, aber nie übergeben worden war. Im Februar 2015 wurden sie durch eine Spezialeinheit der Polizei gewaltsam geräumt. Es gab Hunderte Verletzte und mindestens drei namentlich bekannte Tote.

Der unersättliche Energiehunger der industrialisierten Welt bedeutet für indigene Völker meist Unglück und Verderben. Staudämme für die Gewinnung von Wasserkraft zerstören große Flächen an Land, verändern den Wasserhaushalt der Flüsse und damit die Lebensgrundlage der ursprünglichen Bewohner der jeweiligen Region und letztlich das Klima. Auch in Indien auf dem traditionellen Land von Adivasi-Ureinwohnern befinden sich Staudämme. In die Planungen solcher Projekte werden sie nicht einbezogen, Entschädigungen erhalten sie ebenso wenig. Mehr als 200 Staudämme sind dort geplant, mehrere Dutzend wurden bereits fertig gestellt. Europäische Konzerne verdienen mit. In Guatemala zum Beispiel wehren sich Maya gegen ein Wasserkraftprojekt des spanischen Konzerns Hidro Santa Cruz, in Honduras ist Siemens/Voith Hydro an dem Wasserkraftprojekt Agua Zarca im Gebiet der Lenca beteiligt.

Immer wieder bedroht ist auch die Versorgung der Menschen mit sauberem Trinkwasser. Die Mapuche in Argentinien wehren sich verzweifelt gegen Gasförderung durch Fracking auf ihrem Land. Schon heute leiden die Menschen dort unter verseuchtem Wasser und verschmutzter Atemluft. In Mexiko droht die Zerstörung des Naturschutzgebietes „Wasserwald“, in dem viele Otomi leben, durch ein privates Straßenbauprojekt. Dieser „Bosque de Agua“ ist eines der wichtigsten Grundwasservorkommen der umliegenden Gemeinden.

Zahllos sind auch die Bemühungen, indigene Interessenvertretungen mundtot zu machen und Öffentlichkeit über Missstände zu unterbinden. In Russland wurde die

Selbstvertretung der indigenen Völker RAIPON im November 2012 erst für sechs Monate geschlossen, dann zwar wieder geöffnet, aber mit einer Marionette der Putin-Regierung als Führung gleichgeschaltet. Repräsentanten der indigenen Bewegung, die sich hier nicht anpassen konnten oder wollten, gründeten das „Zentrum zur Unterstützung der indigenen Völker des Nordens“. Als dessen Sprecher Rodion Sulyandizga am 18. September 2014 nach New York fliegen wollte, rissen ihm Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden am Flughafen eine Seite aus seinem Reisepass und erklärten diesen daraufhin für ungültig, so dass er nicht ausreisen konnte. In Ecuador verschwand der Shuar José Tendetza am 28. November 2014 spurlos auf dem Weg zu einem Treffen mit anderen Umweltaktivisten, mit denen er zu einer Klimakonferenz nach Lima in Peru reisen wollte. Er wollte dort über seine kritische Einstellung gegenüber der Ölförderung im Amazonasgebiet Ecuadors und Projekten zur Rohstoffförderung sprechen. Schon zuvor war er Opfer von Drohungen, Bestechungsversuchen und einem Brandanschlag auf seine Ernte geworden. Nach einem anonymen Hinweis fand man schließlich wenige Tage später seine Leiche in einem namenlosen Grab. Er war gefesselt und gefoltert worden. Als seine Mitstreiter ohne ihn nach Lima fahren wollten, wurden sie mehrfach durch Kontrollen aufgehalten; schließlich wurde ihr Bus beschlagnahmt. Eine Delegation des Umweltausschusses des Bundestags, die sich im Dezember in Ecuador über die Situation im Yasuní-Gebiet informieren wollte, wurde von der Regierung Ecuadors an der Einreise gehindert.

Asien

Philippinen: Lumad-Menschenrechtlern droht der Tod



Die Lumad sind eine indigene Minderheit auf Mindanao im Süden der Philippinen. Auf ihrem Land soll Bergbau betrieben und großflächige Rodungen durchgeführt werden. Ihren Kampf gegen diese Unternehmen und für den Umweltschutz müssen die Lumad oft mit ihrem Leben bezahlen. Foto: Flickr/Bro. Jeffrey Pioquinto, SJ CC BY 2.0

Der Senat der Philippinen beschloss Ende Juli 2015 in dritter und letzter Lesung einen Gesetzentwurf, mit dem der 9. August zum „Nationalen Tag der indigenen Völker“ erklärt wird. Der Inselstaat will mit dieser wegweisenden Entscheidung die Bedeutung der indigenen Völker für den Staat und die Kultur der Philippinen unterstreichen, betonte die Senatorin Loren Legarda, die Vorsitzende des Senatsausschusses für kulturelle Fragen. Die indigenen Völker seien elementarer Bestandteil des Landes und hätten ganz entscheidend zu seiner heutigen Bedeutung beigetragen. Die 110 indigenen Gruppen stellen rund 15 Millionen der 102 Millionen Einwohner des Inselstaates.

Doch trotz dieser symbolischen Geste steht es im Alltag nicht gut um die Rechte indigener Völker in dem Vielvölkerstaat. Dabei hatten auch die Philippinen die von den Vereinten Nationen verabschiedete Allgemeine Erklärung der Rechte indigener Völker mitgetragen und unterstützt. Doch in keinem anderen Land Asiens müssen so viele indigene Umweltaktivisten ihr Engagement mit dem Leben bezahlen wie auf den Philippinen. Seit Staatspräsident Benigno Aquino am 30. Juni 2010 die Amtsgeschäfte übernommen hat, sind 48 Umweltaktivisten in dem Land ermordet worden, so viele wie

nie zuvor in einer Amtsperiode eines Präsidenten. Mehr als 30 der 48 Opfer waren indigene Menschenrechtler. Allein zwischen Oktober 2014 und Juni 2015 wurden im Norden Mindanaos 23 indigene Umweltaktivisten und traditionelle Führer wegen ihres Engagements gegen Bergbauprojekte und für die Erhaltung der Umwelt ermordet.

Besonders schlimm ist die Lage indigener Umweltaktivisten auf Mindanao im Süden der Philippinen. Jahrzehntlang war die rohstoffreiche Insel von einem schweren Bürgerkrieg gezeichnet. Muslimische Aufständische kämpften gegen Christen und forderten mehr Autonomie. Die Bevölkerung der Philippinen ist überwiegend katholisch. Doch auf Mindanao stellen Muslime die Mehrheit. Nach 18 Jahren Verhandlungen wurde am 27. März 2014 endlich ein Friedensabkommen unterzeichnet. Der Bürgerkrieg wurde auch auf indigenem Gebiet ausgetragen, ohne dass die Konfliktparteien – die Armee und die revolutionären Bewegungen der muslimischen Moro – in irgendeiner Weise auf die indigene Bevölkerung Rücksicht nahmen.

Mindanao gilt als ein Eldorado der Bergbau-Industrie. Schon als sich ein Ende des jahrzehntelangen Bürgerkriegs abzeichnete, zeigten sich vor allem Bergbaukonzerne aus dem nahen China an einer langfristigen Sicherung ihrer Versorgung mit Kupfer und Gold aus Mindanao interessiert, denn die Rohstoffe sind aufgrund des relativ kurzen Transportwegs vergleichsweise preiswert. Aber auch Holzunternehmen planen großflächige Rodungen und Agrarkonzerne sind um einen Ausbau von Großplantagen bemüht.

Obwohl der Krieg offiziell beendet wurde, geht er für die indigene Bevölkerung Mindanaos weiter. Dort leben 18 indigenen Gruppen, die sich selbst als Lumad bezeichnen. Es ist ein Krieg mit ungeklärten Fronten und Teilnehmern, der von mysteriösen Heckenschützen und berufsmäßigen Killern gegen die traditionell in der Region lebenden Ureinwohner geführt wird. Opfer sind indigene Umweltaktivisten und traditionelle Führer der Lumad, die von Todeskommandos gezielt umgebracht werden, um den indigenen Widerstand gegen den Rohstoffabbau zu brechen.

Die Lumad-Zivilbevölkerung ist von diesen Verbrechen schwer traumatisiert. So verlor das Dorf Dao nahe der Stadt San Fernando innerhalb kürzester Zeit zwei Dorfvorsteher, weil sie sich gegen umstrittene Bergbauprojekte engagiert hatten: Im Jahr 2012 wurde Bürgermeister Jimmy Liguyon ermordet. Sein Nachfolger Fausto Bacliran wurde nur wenige Monate später umgebracht. Für Liguyons Ermordung war ein ehemaliger Kommandeur der Rebellen verantwortlich, doch er blieb trotz eines Haftbefehls auf freiem Fuß. Fast alle Morde an indigenen Umweltaktivisten auf Mindanao bleiben straflos, da die Behörden nichts unternehmen oder die Mörder mit einflussreichen Kräften gut vernetzt sind.

Selbst katholische Pfarrer sind ihres Lebens nicht sicher, wenn sie sich für die Bewahrung der Umwelt und für Landrechte der Lumad einsetzen. So wurde der italienische katholische Priester Fausto Tentorio am 17. Oktober 2011 vermutlich von Soldaten erschossen. Die Täter wurden bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen. Der Pfarrer hatte 25 Jahre lang auf Mindanao unter den Lumad gelebt, Krankenstationen und Schulen für sie aufgebaut.

Der indigene Umweltaktivist Fausto Orasan wurde am 14. September 2014 in der Nähe der Stadt Cagayan de Oro ermordet. Heckenschützen lauerten ihm auf und erschossen ihn, als er auf seinem Motorrad durch das Dorf Tuburan fuhr. Der 64 Jahre alte Menschenrechtler war auf dem Weg zu einer Versammlung in Cagayan de Oro, um gegen Bergbauprojekte zu mobilisieren. Im gleichen Jahr hatte er bereits einen Mordversuch überlebt. „Fausto Orasan war die Seele unserer Wälder“, erklärte der Umweltdezernent der Stadt. „Er war die moralische Kraft, die die Lumad ermutigte, nicht im Bergbau Beschäftigung zu suchen.“

Auch im Süden Mindanaos werden Lumad-Führer Opfer von Gewalt. So wurde der indigene Aktivist Ricky Basig am 25. Juni 2015 auf seiner Veranda von Soldaten erschossen. Die Armee hatte ihn zuvor gewarnt, weil er angeblich Kontakte zu Aufständischen hatte. Ihm wurde mit dem Tod gedroht, sollte es zu Zwischenfällen zwischen der Armee und den Aufständischen kommen. Abgeordnete der Region beklagten nach seinem Tod öffentlich die anhaltende Straflosigkeit in Mindanao für Morde an indigenen Umwelt- und Landrechtsaktivisten.

Indien: Adivasi-Aktivisten werden Opfer von Übergriffen

Mit fast 100 Millionen Adivasi-Ureinwohnern zählt Indien heute zu den Staaten mit der größten indigenen Bevölkerung. Der Rohstoff- und Energiehunger der aufstrebenden Weltwirtschaftsmacht bedeutet vor allem für die Adivasi eine besondere Herausforderung. Denn viele der Rohstoffvorkommen sowie der umstrittenen Staudämme, die die Energie für die Industrie und die dicht bevölkerten Großstädte produzieren, befinden sich auf ihrem traditionellen Land. Um neue Fabriken zu bauen, erhebt die Industrie außerdem Anspruch auf indigene Territorien. Regelmäßig werden die Adivasi weder in die Planung solcher Großprojekte einbezogen, noch erhalten sie für den Verlust ihres Landes und Lebensunterhalts eine angemessene Entschädigung. Da Kultur und Lebensweise der Adivasi eng mit ihrem traditionellen Land verbunden sind und Landverlust oder Vertreibung für sie meist katastrophale Folgen hat, leisten sie friedlichen Widerstand gegen die Zerstörung der Umwelt und ihrer traditionellen Lebensbedingungen. Friedliche Landbesetzungen, Widerstand gegen willkürliche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen sowie gegen politisch motivierte Gerichtsverfahren schüren die Gewalt in indigenen Regionen Indiens und gehören für

hunderttausende Adivasi bereits zum Alltag. Indiens Mehrheitsgesellschaft hingegen nimmt Gewalt und Vertreibung in indigenen Gebieten kaum wahr.



Indiens Bevölkerung und somit auch der Bedarf an Rohstoffen und Energieversorgung wächst. Leidtragende sind die Adivasi, da ihr Land voller Ressourcen ist. Auf ihren friedlichen Widerstand gegen diese Bauvorhaben wird oft mit Gewaltübergriffen geantwortet. Foto: Flickr/Collin Key CC BY-NC-ND 2.0

Eine besonders große Vielfalt indigener Völker gibt es im Nordosten Indiens, in dem aufgrund des Wasserreichtums zahllose Staudämme gebaut werden. Regelmäßig kommt es dort zu Aktionen indigener Völker gegen Vertreibungen und gegen Übergriffe von Polizisten und Soldaten, die mit willkürlichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen den Widerstand der indigenen Umweltaktivisten zu brechen versuchen.

So wurde die 55 Jahre alte indigene Menschenrechtlerin Mary Ruisoting vom Volk der Aimol in der Region Assam am 31. Mai 2015 getötet, als sie bei einer Durchsuchungsaktion von Soldaten gegen den Einsatz von maskierten Ordnungskräften protestierte. Drei weitere 46 bis 49 Jahre alte Ureinwohnerinnen wurden von den Soldaten bei dem Zwischenfall geschlagen und verletzt. Die Menschenrechtsaktivistinnen waren von Dorfbewohnern herbeigerufen worden, als Soldaten die Siedlung nach einem Ureinwohner durchsuchten. Die rund 2.500 in Assam und dem indischen Bundesstaat

Manipur lebenden Aimol sind überwiegend Christen und wehren sich seit Jahren gegen die Zerstörung ihres Siedlungsgebietes durch neue Siedler und gegen den Bau von Staudämmen.

Nordost-Indien gilt aufgrund tief eingeschnittener Flusstäler als ideal für die Errichtung von Großstaudämmen. Insgesamt sind zurzeit mehr als 200 Staudämme in Planung, mehrere Dutzend wurden bereits gebaut. Dafür wurden indigene Bauern vertrieben oder zwangsumgesiedelt, Fischvorkommen wurden empfindlich dezimiert, so dass Fischern die Existenzgrundlage geraubt wurde.

Auch klagen viele indigene Bauern über den Zuzug immer neuer indischer Siedler in ihr traditionelles Gebiet und protestieren dagegen. In den vergangenen Wochen gingen die Ordnungskräfte verstärkt gewaltsam gegen indigene Umweltaktivisten vor, die mit öffentlichen Protesten ihre Forderung nach einer Begrenzung des Zuzugs von Neusiedlern unterstreichen. So wurde der Oberschüler und indigene Aktivist Sapam Robinhood am 8. Juli 2015 bei einer Demonstration in der Stadt Imphal getötet, als er von Gummigeschossen der Polizei am Kopf getroffen wurde. Wie andere indigene Menschenrechtler in Nordost-Indien hatte Sapam gefordert, dass der Zugang zu den Regionen Assam und Manipur nur mit einer Sondergenehmigung ermöglicht werden soll, um die Zerstörung der Umwelt einzudämmen. Der Besuch der benachbarten Regionen Mizoram, Nagaland und Arunachal Pradesh ist bislang nur mit einer Sondererlaubnis gestattet.

In dem im Himalaya gelegenen Bundesstaat Uttarakhand wehren sich Adivasi im Distrikt Tehri dagegen, dass bei ihnen ein Steinbruch eingerichtet und ihre Umwelt dadurch zerstört wird. Mit langen Hungerstreiks machten Ureinwohnerfrauen auf diese Bedrohung aufmerksam. Die Polizei ging gewaltsam gegen demonstrierende Adivasi vor, trieb die Protestierenden auseinander und leitete die Zwangsernährung der hungerstreikenden Frauen ein. Auch wurden gegen mehr als 200 Bewohner des Dorfes Maletha Ermittlungsverfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und anderer Delikte angeordnet. Die Adivasi lassen sich dadurch nicht einschüchtern und unterstreichen mit neuen Hungerstreiks ihre Forderung nach einer Einstellung der Bergarbeiten.

Um indigene Umwelt- und Landrechtsaktivisten zum Schweigen zu bringen, schrecken die Behörden auch nicht vor einer Kriminalisierung der Menschenrechtsverteidiger zurück. So wurden Frau Roma Mallik, die Generalsekretärin der indigenen Gewerkschaft „All India Union of Forest Working People (AIUFWP)“ in dem Bundesstaat Uttar Pradesh, und das Vorstandsmitglied der Organisation, Frau Sukalo Gond, am 30. Juni 2015 festgenommen. Beide sind seither inhaftiert. Ihnen werden Proteste gegen Staudammprojekte, Landrechtsverletzungen sowie „Landfriedensbruch“ und „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ vorgeworfen. Sie hatten zehntausende Adivasi

gegen den Bau des umstrittenen Kanhar-Staudamms im Bundesstaat Uttar Pradesh mobilisiert. Die Errichtung des seit 1976 geplanten Großstaudamms war aufgrund massiver Proteste und verschiedener Gerichtsverfahren im Jahr 1984 aufgegeben worden, wurde im Jahr 2014 aber erneut aufgenommen. Rund 80 Adivasi-Dörfer sollen durch den Bau des Staudamms geflutet und mehrere zehntausend Menschen umgesiedelt werden. Die Festnahme der indigenen Umweltaktivistinnen dürfte kein Zufall gewesen sein. Die beiden langjährigen Menschenrechtlerinnen wollten an der Auftaktveranstaltung für eine auf 100 Tage geplante nationale Landrechtskampagne teilnehmen, die wenige Stunden später begann.

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Russische Föderation: Indigene Organisationen weitgehend gelähmt, Aktivisten verfolgt



Rodion Sulyandziga ist ein Umweltaktivist, der für den Dachverband der indigenen Organisationen der Russischen Föderation, RAIPON, arbeitet. Er sollte letztes Jahr bei der UN-Weltkonferenz eine Diskussion zur Ausbeutung der Arktis und zu deren Folgen für die indigene Bevölkerung leiten, doch russische Behörden ließen ihn nicht ausreisen. Foto: Flickr/Munk-Gordon Arctic Security Program CC BY-SA 2.0

„Gleichschaltung“ des Dachverbandes RAIPON

Im November 2012 wurde der Dachverband der indigenen Organisationen der Russischen Föderation, RAIPON, für sechs Monate geschlossen. Diese Entscheidung begründete das Justizministerium mit Fehlern in den Statuten von RAIPON, der 40 Organisationen vertritt. National und international wurde gegen die Schließung der bis dahin bedeutendsten indigenen Organisation protestiert. Mit Erfolg: Nach der Überarbeitung der Statuten erhielt der Dachverband am 15. März 2013 die Erlaubnis, mit seiner Arbeit fortzufahren. Am 28. und 29. März 2013 fand der allrussische Kongress der Organisation in Salechard statt, auf dem ein neuer Präsident gewählt werden sollte. Obwohl der erfahrende indigene Aktivist Pavel Suljandziga in den ersten beiden Wahlgängen die Mehrheit der Stimmen erhielt, wurde in einem dritten Wahlgang Grigori Ledkov, Mitglied der Putin-Partei „Einiges Russland“ zum Präsidenten gewählt¹. Dem war

¹ <http://barentsobserver.com/en/politics/2013/04/moscow-staged-raipon-election-thriller-03-04>

massive Wahlmanipulation vorausgegangen. So wurde der Dachverband RAIPON „gleichgeschaltet“ und die Repräsentanten der indigenen Bewegung, die sich hier nicht anpassen konnten oder wollten, gründeten das „Zentrum zur Unterstützung der indigenen Völker des Nordens“². Seine Mitarbeiter, im Besonderen auch Rodion Sulyandziga, sehen sich immer wieder Repressionen ausgesetzt.

Schikanen gegen einzelne Aktivisten

Die russischen Behörden verweigerten mehreren wichtigen indigenen Umweltaktivisten die Ausreise nach New York, wo im September 2014 die UN-Weltkonferenz der indigenen Völker stattfand. Als Rodion Sulyandziga am 18. September 2014 nach New York fliegen wollte, rissen ihm Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden am Flughafen eine Seite aus seinem Reisepass und erklärten diesen daraufhin für ungültig, so dass er nicht ausreisen durfte. Auch Anna Naidanchyna wurde an der Ausreise gehindert. Einige Tage zuvor war Nadir Bekir, ein krimtatarischer Wissenschaftler und einer der aktivsten Vertreter seiner Volksgruppe in den Vereinten Nationen, von vier Unbekannten zusammengeschlagen worden. Sein Pass und sein Mobiltelefon wurden entwendet, so dass auch er nicht nach New York fahren konnte.

Sulyandziga selbst deutet die Schikane so, dass Russland keine Einmischung in seine Energiepolitik in der Arktis will. Sulyandziga sollte auf der Konferenz eine Diskussion zur Ausbeutung der Arktis und zu deren Folgen für die indigene Bevölkerung leiten. Dazu passt, dass das russische Ministerium für regionale Entwicklung, wo bislang alle indigenen Belange angesiedelt waren, nach einem Beschluss vom 8. September 2014 aufgelöst und dieses Thema dem Kultusministerium zugeordnet werden soll. Alles, was mit der Arktis zusammenhängt, soll im Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung angesiedelt sein. Indigene Kommentatoren fürchten, sie würden auf Folklore reduziert und hätten noch weniger Chancen als bislang, die Ausbeutung der Arktis, ihres Lebensgebietes, zu beeinflussen.

Valentina Sovkina, Vorsitzende des russischen Samenparlamentes berichtet, dass die Reifen ihres Autos zerstoßen waren, als sie zum Flughafen aufbrechen und nach New York fliegen wollte. Das Taxi, das sie dann rief, wurde dreimal von der Verkehrspolizei angehalten. Am dritten Stopp griff ein Mann sie an, schubste sie hin, schleifte sie über den Boden und versuchte, ihr ihre Tasche zu entwenden. Doch es gelang Frau Sovkina, ihre Tasche festzuhalten. Die Verkehrspolizisten, die das Taxi angehalten hatten, schritten nicht ein. Sie denkt, der Unbekannte wollte ihren Pass entwenden, um sie von der Reise nach New York, die sie dann verspätet antrat, abzuhalten. Frau Sovkina

² <http://www.csipn.ru/>

erstattete Anzeige wegen dieses Überfalls. Doch bis heute gibt es keine Ermittlungsergebnisse.

Schwere Menschenrechtsverletzungen gegen die Schoren in Kemerovo

Kemerovo ist ein Verwaltungsbezirk im Kuzbass, dem wichtigsten Steinkohlefördergebiet der Russischen Föderation. Auch Deutschland bezieht Steinkohle aus dieser Region. Im Kreis Myski liegt das heute zerstörte Dorf Kazas. Dort lebten vor seiner endgültigen Zerstörung 2013 rund 80 Angehörige der Schoren, einer indigenen Gemeinschaft mit insgesamt 10.672 Angehörigen laut Volkszählung 2010. Bevor hier die Minenarbeiten begannen, war das Dorf erheblich größer³. Systematisch wurden die Schoren verdrängt, die Umgebung des Dorfes durch die Minenarbeiten zerstört, die traditionellen Gebiete für Jagd und Weide sowie Fischfang vernichtet. Die Behörden übten starken Druck aus, dass die Dorfbewohner wegziehen sollten, ohne ihnen Angebote zu machen, wo sie sich niederlassen könnten, oder Kompensationen zu bezahlen. Bewaffnete Kontrollpunkte wurden eingerichtet und so die Bewegungsfreiheit der Schoren massiv eingeschränkt. Die Wasserversorgung des Dorfes und der Schneeräumdienst wurden gestoppt. Als schließlich im November 2013 nur noch fünf Familien dem Druck der Behörden und der beteiligten Unternehmen standhielten und in Kazas lebten, sagte der Direktor des Unternehmens OAO Yuzhnaja, Ilgiz Khalimov am 2. November 2013 zu ihnen: „Wenn sie ihre Häuser und Grundstücke nicht an Yuzhnaja verkaufen, dann könnten die Häuser angezündet werden.“ Am 26. November brannte das erste Haus, das zweite am 29. Dezember, das dritte und vierte am 15. Januar 2014 und das letzte Haus am 5. März 2014. Ein weiteres Gebäude, in dem zwei minderjährige Waisenkinder lebten, wurde von OAO Yuzhnaja mit Bulldozern dem Erdboden gleich gemacht. Obwohl diese Verbrechen mit Videoaufzeichnungen und durch Augenzeugen ausführlich dokumentiert sind, wurde keine Strafverfolgung aufgenommen.

Kazas ist nicht das erste Dorf des kleinen schorischen Volkes, das für die Kohleförderung zerstört wurde. Die Schoren und ihre Repräsentanten fürchten, dass auch das Nachbardorf Tschuwaschka, in dem mehrere hundert Schoren leben, bald dasselbe Schicksal erleiden könnte. Dann stünde das Überleben des gesamten Volkes in Frage.

Während sich der Protest gegen das Vorgehen des Unternehmens OAO Yuzhnaja nur auf der lokalen Ebene abspielte, haben die Behörden die indigenen Aktivisten nur verwarnt. Im Frühjahr 2015 jedoch reichten die Schoren gemeinsam mit den Organisationen IWGIA und INFOE einen Bericht beim UN-Komitee für die Eliminierung aller Formen von

3

https://www.urgewald.org/sites/default/files/early_warning_submission_russia_indigenous_peoples_kazas.pdf

rassistischer Diskriminierung ein⁴. Danach starteten die Medien eine Hetzkampagne gegen Sprecher der Schoren und versuchten auch ein Strafverfahren zu initiieren. Dies, so berichten indigene Aktivisten, sei ein typisches Vorgehen: Sobald der Protest auf eine internationale Ebene gehoben wird, werden aus den Verwaltungsstrafen Strafverfahren und die Behörden versuchen die Betroffenen durch Prozesse und Verurteilungen zu kriminalisieren und handlungsunfähig zu machen.

NGO-Gesetz gegen indigene Organisationen

Das 2012 in Kraft getretene so genannte NGO-Gesetz besagt, dass sich jene Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sowohl politisch tätig sind, als auch Gelder aus dem Ausland beziehen, als „ausländische Agenten“ (innostrannye agenty) registrieren lassen müssen. Hohe Geld- und auch Freiheitsstrafen drohen jenen, die nicht dem Gesetz entsprechen, das willkürlich ausgelegt werden kann, da die Begriffe, wie zum Beispiel „politische Tätigkeit“ nicht klar definiert werden. Seit 2015 kann das Justizministerium die betreffenden Organisationen auch selbst auf die Liste der „ausländischen Agenten“ setzen. Während es zwischen russischen Umweltorganisationen und internationalen Partnern seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen wachsenden Austausch und Zusammenarbeit, so auch mit ausländischem Geld finanzierte Projekte gab, haben nur wenige indigene Organisationen ausländische Geldgeber. Das NGO-Gesetz und die damit verbundene Hatz gegen NGOs in Russland haben dazu geführt, dass viele Organisationen ihre Arbeit einstellen mussten, andere sind in die Mühlen der Justiz geraten bzw. führen bewusst Prozesse, um das Gesetz zu kippen. Der Kampf gegen dieses Gesetz bzw. die Beschäftigung mit ihm kosten Zeit, Kraft und erheblichen Aufwand, den die Organisationen dann nicht mehr in ihre eigentliche Arbeit investieren können.

Das Gesetz vertiefte bei den indigenen Organisationen nicht nur die Gefühle von Überwachung und Angst vor der Verfolgung durch die Mitarbeiter des Justizministeriums und des Geheimdienstes FSB, sondern führt, besonders bei kleineren Organisationen, zu einem zusätzlichen enormen Verwaltungsaufwand, weil jegliche Einnahmen und Ausgaben, kleinste Schritte dokumentiert und nachgewiesen werden müssen. Immer wieder wurden die Büros von NGOs von der Steuerfahndung durchsucht, Computer beschlagnahmt und diese so für unbestimmte Zeit lahm gelegt.

Ein besonders absurdes Beispiel der Anwendung dieses Gesetzes betrifft den Verband der Jäger auf Tschukotka, der die Bewahrung der traditionellen Lebensweise der Völker des Nordens zum Ziel hat. Auf Tschukotka gibt es äußerst wenige zivilgesellschaftliche Initiativen. Die Bevölkerung ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion massiv

⁴ Siehe Fußnote 3

zurückgegangen. Geblieben sind die indigenen Tschuktschen. Sie leben vom Fischfang und der Jagd auf Meeressäuger. Diese Lebensweise ist nicht nur für das wirtschaftliche Überleben der Menschen wichtig, sondern bildet auch die Basis ihrer Kultur und nationalen Identität. Um diese zu bewahren, wurde „CHAZTO“ (Tschukotkische Assoziation der traditionellen Jagd) gegründet. Diese Organisation ist die einzige, die überhaupt auf Tschukotka eine ausländische Förderung bezieht. Daher wurde der Leiter Eduard Zdor am 5. 12.2014 zum Gespräch mit Vertretern des Justizministeriums geladen. Die Arbeit der Organisation wurde gelobt, dann wurde jedoch die ausländische Geldquelle, die eines der Projekte finanziert, problematisiert. Allein dies sei der Grund dafür, dass seine Assoziation in die Liste der „ausländischen Agenten“ aufgenommen werde. Sollte er dem nicht zustimmen, so entstünden Probleme, wurde Zdor gewarnt. Und helfen würde Widerstand nicht, da es ohnehin beschlossene Sache sei, diese Organisation in die Liste der „ausländischen Agenten“ aufzunehmen. Bis heute ist der Fall nicht abgeschlossen.

Spaltung der indigenen Bewegung

Zunehmend lässt sich in den vergangenen zwei bis drei Jahren eine Spaltung der indigenen Bewegung in Russland insgesamt und in den Regionen im Besonderen beobachten. Das führt dazu, dass oftmals zwei Organisationen bestehen: eine, die den lokalen Behörden und auch gegenüber den beteiligten Wirtschaftsunternehmen loyal ist und eine weitere Organisation, die ihren Protest öffentlich formuliert. Dabei spielen die loyalen Organisationen oftmals eine unrühmliche Rolle. Sie versuchen, die „Abweichler“ auf Linie zu bringen, sogar der Dachverband „RAIPON“ beteiligt sich hieran, zum Beispiel im Gebiet Chabarowsk.

Bislang werden illoyale indigene Organisationen nicht strafrechtlich verfolgt. Sehr wohl werden sie jedoch mit Verwaltungsstrafen belegt und ihre Aktivitäten von den lokalen Behörden genau beobachtet.

Fehlende Zusammenarbeit und Solidarität zwischen indigenen und russischen Organisationen und Umweltaktivisten

Beklagenswert wenig Zusammenarbeit gibt es zwischen den russischen Umweltaktivisten und -Verbänden und den indigenen Vertretern. Die russische Umweltszene ist in den vergangenen Jahren massiv unter Druck geraten. Die Winterolympiade in Sotschi hat hier einen neuen Schub an Repressionen ausgelöst, der bis heute anhält. Nach Recherchen der renommierten Organisation Bellona.ru⁵, wurden zwischen 2012 und 2015 zwölf Umweltschützer wegen ihres Engagements ermordet, wichtige Personen, wie der

⁵ http://bellona.ru/filearchive/fil_EiP_58_ecojur.pdf

bekannte Aktivist Evgenij Witischko, sitzen in Haftanstalten, andere werden mit Strafverfahren belegt. Wichtige NGOs wurden geschlossen bzw. in die Liste „ausländischer Agenten“ aufgenommen. Trotzdem dauern Proteste an, so zum Beispiel gegen die Nickel-Förderung am Fluss Choper, gegen Wasserkraftwerke in Sibirien und dem Fernen Osten, gegen Fabriken in Naturschutzgebieten bzw. Kurorten etc. Von einigen dieser Bauvorhaben, zum Beispiel den Wasserkraftwerken am Amur, sind auch indigene Völker betroffen. Doch einen effektiven Zusammenschluss gibt es nicht.

Leider fühlen sich indigene Umweltaktivisten in manchen Fällen von ihren russischen Kollegen sogar verraten. So hat die Organisation INECA⁶ ein Umweltverträglichkeitsgutachten für Kohleförderung ausgearbeitet, das den Interessen der betroffenen Schoren diametral zuwider lief. Diese sehen sich von INECA verraten.

Ausblick

Die indigene Bewegung der Russischen Föderation hatte seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kaum Zeit sich zu entfalten: Kulturelle Entwurzelung, Armut, Krankheiten, Kriminalität, Rechtlosigkeit, in vielen Gebieten schwere Umweltzerstörung kennzeichneten ihre Situation. Im Vergleich zu anderen indigenen Bewegungen hatte sie auch auf der internationalen Ebene viel nachzuholen. Wenige wichtige und mutige Persönlichkeiten aus ihren Reihen nahmen diese Herausforderungen jedoch auch gegen die ausdrücklichen Interessen der russische Wirtschaft und Politik an. Es entstanden internationale Kooperationen und eine ständige Präsenz bei den relevanten Gremien der Vereinten Nationen. Doch die zunehmend gegen die Zivilgesellschaft gerichtete Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin hat gerade in den vergangenen zwei bis drei Jahren noch zu einer massiven Zuspitzung der Situation geführt, so dass viele indigene Aktivisten oder Organisationen versuchen, auf lokaler Ebene in kleinen vorsichtigen Schritten zu agieren und so wenig Aufmerksamkeit wie möglich zu erregen. Anderen bleibt nur, vom Ausland aus die Entwicklung in ihrer Heimat zu beobachten. So hält es auch der ehemalige Vizepräsident von RAIPON, Dmitri Berezhkov, der aufgrund eines russischen Haftbefehls in Norwegen verhaftet, dann aber nach internationalen Protesten freigelassen wurde. Bis heute wird sein Engagement von den russischen Diensten beobachtet. Wir danken ihm für seine Einschätzung der heutigen Situation der indigenen Umweltaktivisten.

⁶ <http://www.ineca.ru/>

Mittelamerika

Mexiko: David gegen Goliath – Indigene verteidigen sich gegen Drogenbosse und zerstörerische Großprojekte



Die N'atho-Otomí leben in der Nähe der mexikanischen Hauptstadt. Nun soll eine private Maut-Autobahn den Regionalflughafen von Toluca de Lerdo mit Mexiko-Stadt verbinden. Die Route führt dabei durch ihr Territorium und die N'atho-Otomí wurden deswegen enteignet. Sie fordern die Rückgabe ihres heiligen Landes. Foto: Wikimedia/Maunus CC BY-SA 3.0

Seit September 2014 sitzt der Schrecken über das Verschwinden der 43 mexikanischen Studenten aus der indigenen Gemeinde Ayotzinapa im Bundesstaat Guerrero der Gesellschaft Mexikos in den Knochen. Neben dem Hashtag #Ayotzinapa für das Verbrechen an den Studenten, und #yamecanse, („ich bin müde“, so viel wie „es reicht mir“) die für den Überdruß an der mexikanischen Politik stehen, dominieren jetzt zwei weitere die sozialen Medien und Plakataktionen auf den Straßen Mexikos: #Ostula und #Xochicuautla. Sie stehen für zwei weitere indigene Gemeinden des mittelamerikanischen Landes, in denen momentan Ausnahmezustand herrscht und die Bevölkerung gegen Unterdrückung und Ausbeutung auf die Straße geht.

Die fast 17 Millionen Angehörigen indigener Völker machen etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung Mexikos aus. Auch Mexiko hat sowohl die UN-Konvention ILO 169 als auch die UN-Deklaration zu den Rechten indigener Völker angenommen.

In San Francisco Xochicuautla, nahe der Megametropole Mexiko Stadt, lebt das indigene Volk der N'atho-Otomí. Die Gemeinde befindet sich im Widerstand, denn ihr Lebensraum und somit ihre Identität ist bedroht. Eine private Maut-Autobahn, der „Boulevard Aeropuerto“, der vom Regionalflughafen der 500.000-Einwohner-Stadt Toluca de Lerdo

zur Hauptstadt führt, soll durch das Territorium von Xochicuatla gebaut werden. Die Ñatho-Otomí fordern einen Baustopp, denn sie sind nicht damit einverstanden, dass ihr Land für das Straßenprojekt kurzerhand enteignet wurde. Neben dem Verlust ihres Landes wird die Autobahn das Naturschutzgebiet des „Wasserwalds“ zerstören, in dem viele Otomí leben. Der „Bosque de Agua“, so lautet seine spanischsprachige Bezeichnung, ist eines der wichtigsten Grundwassereinzugsgebiete der umliegenden Gemeinden. Darüber hinaus wird möglicherweise der nahe San-Lorenzo Fluss beeinträchtigt. Er liefert Trinkwasser für die mexikanische Hauptstadt.

Für die Indigenen aber sind die Folgen des Autobahnbaus noch viel gravierender. Die Ñatho-Otomí sind Nachkommen der Hñähñü und einstige Nachbarn der Azteken. Für sie ist das Gebiet heiliges Land. Der Wald der Otomí, wie er von den Einwohnern genannt wird, beherbergt nach Angaben von Greenpeace zwei Prozent der Biodiversität unseres Planeten. Neben dem Wasservorkommen, das mehr als 30 Millionen Mexikaner versorgt, ist die Artenvielfalt einzigartig. Die Zahl der in dem Gebiet beheimateten Pflanzen wird auf über drei Millionen Spezies geschätzt, fast 200 Vogelarten und 350 verschiedene Säugetiere, Reptilien und Amphibien leben dort.

Seit Anfang Juni 2015 sind die Baumaschinen auf dem Vormarsch. Mit Transparenten und Straßenblockaden wehren sich die Bewohner des Waldes, unterstützt von vielen Demonstrationen in der Hauptstadt, gegen die Autobahn. Hunderte von Polizisten gehen gegen die Protestierenden vor, von denen mehrere im Gefängnis landeten. Seit dem Baubeschluss im Jahr 2006 bewachen Otomí-Frauen Tag und Nacht ein Protestcamp. Sie reden von „psychologischem Terror“, der sie zusätzlich bedrohe. Es gehe nicht nur darum, die Bäume fallen zu sehen oder die gerodete Berglandschaft zu beklagen, die einst ihre Heimat war, die konstante Polizeipräsenz sei unerträglich. Darüber hinaus wurde die Gemeinde durch das Projekt gespalten. „Die meisten von uns sehen ihr Leben durch den Bau bedroht und wenn die Polizei kommt, schreien die Kinder, um unseren heiligen Berg zu verteidigen“, klagt eine Otomí-Frau. Andere haben sich von den Behörden kaufen lassen und ziehen finanzielle Vorteile aus der Autobahn. Sie bieten den Beamten Blumen, Brot und Früchte an.

Der Bau scheint unaufhaltsam voranzuschreiten. Was aus den Otomí wird und wo sie leben sollen, bleibt fraglich. Entschädigungen für ihr Land gibt es nicht, und keine Geldsumme der Welt kann das Heiligtum der zerstörten Berge wieder herstellen.

Etwas weiter westlich fürchtet die indigene Gemeinschaft der Nahua in dem Ort Santa María Ostula im Bundesstaat Michoacán um ihr Überleben. Im Juli 2015 attackierte die mexikanische Bundesarmee das kleine Dorf an der Pazifikküste. Die Zahl der Opfer ist unklar. Bestätigt ist bisher der Tod des zwölfjährigen Jungen Herilberto Reyes García. Vier Frauen der Gemeinde erlitten Schussverletzungen. In der Gemeinde leben wenige hundert Nahua-Indigene. Um sich gegen die Drogenmafia zur Wehr zu setzen, haben sie

sich vor einigen Jahren zur bewaffneten Selbstverteidigung entschlossen. Denn auf staatliche Unterstützung konnten sie nicht hoffen. Jetzt wollten die Soldaten sie entwaffnen. Deshalb griffen sie eine von den Indigenen errichtete Straßensperre an. Die Armee, die laut Medienberichten eigentlich den Terror der Drogenbosse in der Region beenden sollte, brachte ihn stattdessen selber mit.

Der Bezirk Aquila, in dem sich die Gemeinde befindet, ist reich an natürlichen Ressourcen. Hier gibt es vor allem Eisen, aber auch andere Bodenschätze. Doch auch die große Artenvielfalt in Flora und Fauna ist von großem Wert. Außerdem gibt es nahe der Gemeinde die schönsten Stränden der Region. Der in Lateinamerika führende Stahlproduzent Terbium S.A. betreibt in Aquila ein Eisenbergwerk. Der Küstenstreifen, an dem die Nahua wohnen, ist ein wichtiger Hafen für Drogenorganisationen, die dort Schiffe mit Rauschgift aus Südamerika empfangen. Die indigene Nahua-Gemeinde ist mexikanischen Behörden, die mit dem Drogenkartell und internationalen Unternehmen Geschäfte machen, ein Dorn im Auge.

Guatemala: Willkürliche Inhaftierungen sollen indigenen Widerstand gegen Großkonzerne brechen

Guatemala gehört zu den Ländern Mittel- und Südamerikas mit indigener Bevölkerungsmehrheit. Etwa 60 Prozent der knapp 16 Millionen Einwohner Guatemalas ist indigenen Ursprungs und spricht eine der 22 Maya-Sprachen. Guatemala hat 2007 die UN-Deklaration zu den Rechten indigener Völker und bereits 1996 auch die Konvention 169 der UN-Arbeitsorganisation (ILO 169) angenommen. Trotzdem wird auch hier indigenes Land an Konzerne vergeben, ohne dass die Gemeinschaften zugestimmt haben oder überhaupt gefragt wurden.

Im Juli 2013 schlug Guatemalas Präsident Otto Perez Molina ein zweijähriges Moratorium für Bergbaulizenzen vor. Durch die Stilllegung einiger Bergwerke sollten Konflikte in Abbauzonen reduziert werden. Es blieb bei diesem Vorschlag, geändert hat sich nicht viel. Die Lizenzvergabe über die reichen Bodenschätze an internationale Unternehmen ist eine wichtige Einkommensquelle für eines der ärmsten Länder Mittelamerikas. Mit den Megaprojekten wie Staudämme oder Bergbau plündern die Konzerne dort nach Belieben die natürlichen Ressourcen aus. Dass diese Gebiete bewohnt sind und nach dem Verständnis der indigenen Bevölkerung ebenso wie nach internationalem Recht den Ureinwohnern auch gehört, die es besiedeln, bleibt unbeachtet.

In den vergangenen Monaten wurden indigene Aktivisten im Norden der Region Huehuetenango mehrfach bedroht, weil sie ihre Rechte verteidigen und gegen die Errichtung von Staudämmen oder andere Megaprojekte Widerstand leisten. Indigene Gemeinschaften fühlen sich von dem spanischen Konzern Hidro Santa Cruz bedroht, der

mit Wasserkraft Energie gewinnen will. Um den Widerstand der Maya zu brechen, werden die Bewohner der drei Gemeinden Santa Cruz Barillas, Santa Eulalia und San Mateo Ixatán kriminalisiert, die ihr Recht auf Leben, Land und Rohstoffe verteidigen. Einige indigene Landverteidiger wurden verhaftet, da das ausländische Unternehmen Anzeige wegen Nötigung erstattete.



In der Gemeinde Santa Cruz Barillas, wie auch in ihren Nachbarortschaften im Norden Guatemalas, befinden sich die Maya seit 2008 im Widerstand gegen ein Wasserkraftwerk. Aktivisten aus der Gegend werden deswegen verhaftet oder verschwinden sogar spurlos. Foto: Flickr/Alba Sud Fotografía CC BY-NC-ND 2.0

Rigoberto Juárez und Domingo Baltazar sind Gemeindevorsteher der gemeinsamen Regierung der Maya-Gemeinschaften der Q'anjob'al, Chuj, Akateka, Popti und Mestiza. Ihre Schicksale stehen beispielhaft für die vielen willkürlich Inhaftierten in Guatemala, über deren Fall nie ein Gericht entschieden hat. Seit Februar 2015 sitzen sie im Gefängnis, obwohl sie ihre Unschuld beteuern. Ihnen werden Entführungen von Sicherheitspersonal und Anstiftung zu weiteren Verbrechen vorgeworfen. Einen Monat nach ihrer Inhaftierung, traf es am 24. März 2015 ein drittes Mitglied ihrer Gemeinde: Pascual Pablo Francisco verschwand spurlos. Drei Tage später wurde er tot aufgefunden. Die drei Männer waren in der sozialen Bewegung gegen die Errichtung des Wasserkraftwerkes in Santa Cruz Barillas, im Norden Guatemalas aktiv.

Bereits im Januar wurde der 20-jährige Pascual Basilio Pascual Diego ganz in der Nähe von Santa Eulalia durch Schüsse so schwer verwundet, dass er drei Monate später starb. Er war Mitglied des Radiokollektivs Snuq Jolom Konob in dieser Gemeinde und hatte über Pläne für Wasserkraftprojekte sowie Korruptionsskandale von lokalen Beamten berichtet. Am gleichen Tag wurde auf ihn geschossen. Augenzeugenberichten beschuldigten den korrupten Bürgermeister und dessen Sohn des Mordes. Doch es wurde gegen sie keine Anklage erhoben. Insgesamt wurden 20 Anführer des indianischen Widerstands verhaftet. Sie verbrachten Monate im Gefängnis bzw. befinden sich immer noch hinter Gittern.

Seit Beginn der Arbeiten des Wasserkraftunternehmens 2008 befinden sich die indigenen Gemeinden, auf deren Gebiet das Megaprojekt errichtet werden soll, im Widerstand. Die Maschinen für den Bau des ersten Wasserkraftwerkes erreichten das indigene Gebiet, ohne dass die Bewohner vorher konsultiert worden waren. Später wurden noch für fünf weitere Projekte Pläne geschmiedet. Seitdem kam es immer wieder zu Konfrontationen zwischen Sicherheitspersonal des spanischen Unternehmens und der indigenen Bevölkerung, die ihr Land vor dem Energieriesen schützen will. Darüber hinaus gab es in den vergangenen Jahren eine Reihe von Verhaftungen ohne Gerichtsprozess.

Honduras: Widerstand gegen Staudammprojekte ist lebensgefährlich

Extrem gefährlich ist es, sich in Honduras für Menschenrechte oder die Umwelt einzusetzen. Das gilt insbesondere für Angehörige der neun indigenen und afro-honduranischen Völker, die zusammen nach Schätzungen 1,27 Millionen Menschen ausmachen. Ein offizieller Zensus für die ethnischen Minderheiten ist nicht bekannt. Die Ziffern für Menschenrechtsverteidiger, die im Zuge von Protesten getötet wurden, sind sehr hoch. 101 von ihnen wurden landesweit nach Angaben der Studie „How Many More?“ der unabhängigen Organisation „Global Witness“ in den Jahren 2010 bis 2014 getötet. Da sie sich meist für indigene Themen einsetzen und meist auch selbst einer indigenen Gemeinschaft angehören, machen diese Schreckensnachrichten keine Schlagzeilen. Die Probleme indigener Gemeinschaften stoßen in der honduranischen Öffentlichkeit meist auf wenig Interesse.

Das Volk der Lenca ist mit 100 000 Angehörigen die größte indigene Gemeinschaft in Honduras. Sie wohnen in den westlichen und südlichen Hochebenen in der Nähe des Nationalparks Celaque. Seit dem Ausverkauf indigener Gebiete vor allem an die United Fruit Company in 1920er Jahren ist viel von der Kultur der Lenca verloren gegangen. Nun kämpfen sie gemeinsam mit den anderen indigenen Gemeinschaften darum, nicht auch noch ihr heiliges Land zu verlieren. Dafür haben sie sich vor mehreren Jahren in der COPINH zusammengeschlossen. Die Buchstaben stehen für die englischen Initialen des

Zivilen Rates der Indigenen Organisationen von Honduras. Die Ureinwohner von Honduras versuchen, gemeinsam gegen Megaprojekte vorzugehen, die viele Dörfer enteignen und die Umwelt zerstören. Das Staudammprojekt Agua Zarca in der Region Río Negro im Gebiet der Lenca ist eines von ihnen.



In Honduras wehren sich Indigene wie die Lenca gegen das Staudammprojekt Agua Zarca, an dem auch der deutsche Konzern Siemens mitverdient. Obwohl ihr Protest friedlich ist, hat das Megaprojekt schon mehrere Todesopfer gefordert. Dazu berichten Aktivisten, dass die Nationale Polizei indigene Gemeinschaften bedrängte und einschüchterte. Foto: Flickr/Felipe Canova CC BY-NC 2.0

Auch Deutschland verdient an Agua Zarca mit. Siemens und das Joint Venture Voith Hydro sind an diesem Projekt beteiligt. Der indigenen Bevölkerung droht durch die Bauvorhaben die Vertreibung. Konsultiert oder gar in die Entscheidungen eingebunden wurden die Lenca nicht. Dabei hat Honduras sowohl die Konvention ILO 169 also auch die UN-Deklaration zu den Rechten Indigener Völker angenommen und sich dadurch zu dem Prinzip der freien vorherigen und informierten Zustimmung FPIC verpflichtet. Die Lenca leisten unermüdlich Widerstand gegen das Projekt. Sie werden verfolgt und kriminalisiert. 2013 besetzten sie vorübergehend das Rathaus von San Francisco de Opalaca, um gegen die korrupte Verwaltung zu protestieren und die Einführung ihrer traditionellen Strukturen und Regierungsform zu fordern. „Der Kampf der Lenca-Gemeinschaften“ zitiert die dänische NGO IWGIA eine Presseerklärung der COPINH, „hat nicht aufgehört, trotz der anhaltenden Diskriminierung und auch der Ermordung von Mitgliedern unserer Vereinigung, und er wird auch nie aufhören, denn unsere Existenz ist

eng verknüpft mit der Mutter Erde, mit den Flüssen, den Bergen, der Biodiversität, die wir seit Jahrhunderten gehegt und gepflegt haben“.

Berta Cáceres ist eine indigene Lenca und Generalkoordinatorin der COPINH. Sie erhielt 2015 den Goldman-Umweltpreis der USA-amerikanischen Goldman-Stiftung aus San Francisco für ihr Engagement gegen das Staudammprojekt Agua Zarca. Obwohl der Widerstand seitens der COPINH friedlich war, hat das Megaprojekt schon mehrere Todesopfer gefordert. Am 29. Oktober 2014 etwa wurde der 15-jährige Lenca Maryol Ariel Rodriguez Garcia tot aufgefunden. Er stammte aus Rio Blanco und arbeitete ebenfalls bei COPINH mit. Er hatte sich besonders für den Schutz des Gualcarque Flusses und seiner Umgebung eingesetzt. Der indigene Gemeinderat von Rio Blanco berichtete außerdem darüber, dass die Nationale Polizei indigene Gemeinschaften bedrängte und einschüchterte, die um die Rückgewinnung des Landes um den Fluss herum kämpften. Zwei Kollegen von Berta Cáceres wurden ermordet. Sie musste mitansehen, wie sie erschossen wurden. Sie selbst und viele weitere Aktivisten werden immer wieder bedroht. Keiner der Täter wurde bisher belangt. Die Straflosigkeit unterstreicht die Wehrlosigkeit der indigenen Gemeinschaften im Widerstand gegen die Zerstörung ihrer Heimat.

Vor etwa zwei Jahren gelang es ihr durch Protestaktionen gemeinsam mit COPINH, dass sich einige internationale Investoren aus dem Bau des Staudamms zurückzogen. Dazu gehört auch das chinesische Unternehmen Sinohydro. Gestoppt ist das Projekt damit jedoch noch nicht. Was leider nicht weniger wurde sind Bedrohung und Kriminalisierung indigener Bürgerrechtler. So werfen nationale Medien Menschenrechtsverteidigern vor, Konzerne zu diffamieren, um den Ruf des Landes zu schädigen.

Südamerika

Kolumbien: Indigene Landverteidiger zwischen allen Fronten



Seit einem halben Jahrhundert kämpft die Guerillabewegung FARC gegen die kolumbianische Armee. Indigene Gruppen stehen dazwischen. So wollen die Nasa 20.000 Hektar Land einfordern und werden dabei von der Regierung ignoriert und von der FARC bekämpft, denn ihr Gebiet bietet hervorragende Transportwege für Kokain, Marihuana und Waffen. Foto: Flickr/Wildwood72 CC BY 2.0

Arabica-Kaffee zum Frühstück, das Karibikposter im Büro, Shakira im Radio und abends zum Salsakurs. Oft schauen wir mit Fernweh nach Lateinamerika. Mit der paradiesischen Karibikküste, den einzigartigen Naturparks und belebten Städten wie Medellín oder Cartagena ist Kolumbien ein beliebtes Reiseziel von abenteuerlustigen Backpackern. Doch was die Menschen des Landes prägt, jedoch fernab von den Touristengebieten passiert, ist der Konflikt zwischen den bewaffneten Gruppen des Landes. Die FARC, die „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“, die seit einem halben Jahrhundert durch ihren Drogenkrieg das Land terrorisiert, nimmt keine Rücksicht auf menschliche Verluste.

Einige der Opfer gehören der indigenen Bevölkerung an. Noch dazu fordert der bewaffnete Konflikt, der sich vor allem um das weiße Gold Kokain dreht, regelmäßig Todesopfer. Das nationale Amt für Statistik zählte in seinem letzten Zensus im Jahr 2005 rund 1.450.000 Indigene in Kolumbien. Sie machen damit 3,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus und verteilen sich auf 87 indigene Gemeinschaften. Nach

Angaben der Vereinten Nationen und von Menschenrechtsgruppen ist rund eine Million Indigene in ihrer Existenz bedroht. Die größte Bedrohung geht für sie vom Konflikt zwischen den bewaffneten Gruppen Kolumbiens aus, von der Armee und der FARC, der bereits mehr als 200.000 Menschenleben gefordert hat. In den Regionen Cauca, Nariño und Guajira gibt es die meisten Indigenen. Die Nasa-Indianer leben im Cauca in den kolumbianischen Anden. Sie verfügen dort über circa 600.000 Hektar Land, allerdings ist das meiste davon gebirgig und nicht für den Ackerbau zu verwenden. Die meisten indigenen Gemeinschaften müssen in kleinen Reservaten ihr Auskommen finden, ihr traditionelles Land war für Öl und Bergbauunternehmen oder für den großflächigen Anbau von Bananen, Zuckerrohr und die Palmölproduktion interessant und die ursprünglichen Bewohner wurden dafür kurzerhand enteignet. Die Region Cauca ist reich an wertvollen Bodenschätzen und daher Schwerpunkt für den Bergbau. Zwischen Küste und kolumbianischem Dschungel gelegen bietet Cauca jedoch auch hervorragende Transportwege für Kokain, Marihuana, Waffen und natürliche Ressourcen. Die fruchtbarsten Grundstücke in der Ebene sind in den Händen von Agrarunternehmen. Diese nutzen das Land für riesengroße Zuckerrohrfelder. Für viele indigene Gemeinden bedeuten der Bergbau und die Präsenz von großen Konzernen noch mehr Gewalt, die sie in ihrem Widerstand gegen die Zerstörung ihres angestammten Landes meist durch Armee, FARC-Rebellen und Milizen erfahren. In den vergangenen zehn Jahren fielen mehr als 126 Indigene dem Konflikt zum Opfer, das sind mehr als ein Toter pro Monat.

Die Region der Nasa ist auch eine Hochburg der Guerillakämpfer der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Columbia, kurz FARC. Seit Jahrzehnten kämpft Kolumbiens Armee gegen die Rebellen im Krieg gegen Drogenhandel und Entführungen. Die Nasa Indianer sind im Kreuzfeuer zwischen beiden Seiten gefangen.

In den Hochebenen des nördlichen Cauca, unweit der Provinzhauptstadt Popayán, stimmten indigene Gemeinden bei einer Versammlung im letzten Jahr dafür, 20.000 Hektar Land für die insgesamt etwa 115.000 Indigenen der Gemeinden einzufordern. Im Dezember 2014 entschlossen sich die Nasa-Gemeinden im nördlichen Cauca dazu, Teile des ihnen rechtlich zustehenden Territoriums zu besetzen. Der kolumbianische Staat hatte ihnen diese Gebiete per Dekret in den 1990er Jahren als Entschädigung für Menschenrechtsverletzungen zugesprochen, es wurde jedoch nie übergeben. Einige dieser Ländereien werden von Großgrundbesitzern der Zuckerfirma INCAUCA mit privaten Sicherheitskräften militärisch bewacht.

Die Nasa nutzten die besetzten Flächen für den Anbau von Nahrungsmittelpflanzen. Im Februar 2015 rückte die ESMAD, die Spezialeinheit für Aufstandsbekämpfung der kolumbianischen Polizei, auf Anweisung der Regierung an und räumte gewaltsam die von den Indigenen friedlich besetzten Gebiete. Dabei gab es hunderte Verletzte.

Seitdem kursieren immer wieder Meldungen, Indigene seien verschwunden oder ermordet worden. Gegen Landbesetzungen gingen auch paramilitärische Gruppen vor wie die Águilas Negras (Schwarzen Adler) und Rastrojos. Sie bedrohten indigene Führer und kündigten die "Vernichtung der Indios" an. Nach Angaben von Beobachtern arbeiten die paramilitärischen Truppen und die Sicherheitsdienste der Zuckerrohrfirmen eng zusammen.

Erst im April 2015 berichtete Amnesty International, dass drei getötete Nasa Mario Germán Valencia Vallejo, Belisario Trochez Ordóñez und Cristián David Trochez an der Verteidigung und Rückgewinnung ihres Landes beteiligt waren. Eines der drei Opfer soll erst 18 Jahre alt gewesen sein. Berichten zufolge sollen zahlreiche weitere Nasa verschwunden sein. So wurden auch die beiden Nasa-Jungen Berney Trochez und Wilson Trochez in der kleinen Gemeinde Agua Bonita zwei Monate nach ihrem Verschwinden tot aufgefunden. Die Straffreiheit von Tätern, die Verbrechen an Indigenen begangen haben, ist in Kolumbien weit verbreitet. Solange paramilitärische Gruppen ihre Gebiete terrorisieren, scheint Gerechtigkeit für die Nasa in weiter Ferne zu sein.

Ecuador: Profit schlägt Naturschutz – indigene Umweltschützer auf verlorenem Posten

Der ungewöhnliche Vorschlag von Ecuadors Präsident Rafael Correa, auf Ölförderung in den Feldern Ishpingo, Tambococha, Tiputini (ITT) im Yasuní-Gebiet in Amazonien zu verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft einen finanziellen Ausgleich für die Hälfte des dadurch entgangenen Gewinns in einen Treuhandfonds der UN einzahlt, ging 2007 auch durch die deutsche die Presse. Die damalige Entwicklungsministerin Heidmarie Wiczorek-Zeul (SPD) sagte eine großzügige Unterstützung der Bundesregierung zu. In seltener Einigkeit trugen alle Fraktionen des Bundestages diese Initiative mit. Doch ihr Amtsnachfolger Dirk Niebel (FDP) zog diese Zusage wieder zurück. Insgesamt beteiligten sich nur wenige Staaten an dieser Initiative, die Präsident Correa im August 2013 schließlich für gescheitert erklärte. Schon zuvor hatte er im November 2012 im Zuge der 11. Erdölrunde Investoren aus aller Welt empfangen, um auch das zentral-südliche Amazonien für die Erdölförderung zu öffnen. Investoren aus China wollen zum Beispiel eine Raffinerie an der Pazifikküste betreiben. China ist ein wichtiger Geldgeber Ecuadors, das seinerseits offensichtlich auf Ölförderung setzt, um seine Schulden bei China abzugleichen.

Leidtragende der Ölindustrie im Yasuní ITT sind vor allem die rund 3.000 Waorani und die in ihrer Nachbarschaft in freiwilliger Abgeschiedenheit lebenden Gruppen der Tagaeri und Taromenane. Schon im vergangenen Jahr führten die Arbeiten an der Zugangsstraße zum Fördergebiet zu ersten Konflikten der indigenen Gruppen untereinander, die durch die Erschließungsmaßnahmen in Landkonflikte gelangen.



Der Yasuní-Nationalpark im Amazonasgebiet Ecuadors ist eines der artenreichsten Gebiete der Erde. Nun ist dieses Paradies durch Ölförderungen bedroht. Die Existenz der indigenen Völker Amazoniens ist akut gefährdet. Foto: Flickr/Sara y Tzunki (Cecilia e Francesco) CC BY-NC 2.0

„Im Gebiet des Yasuní gibt es seit 40 Jahren Erdölförderung. Der Yasuní hält keine weitere Förderung mehr aus“, brachte es der ecuadorianische Menschenrechtler Eduardo Pichilingue auf den Punkt, der 2014 zusammen mit der Waorani Alicia Cahuyia auf Einladung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Bundesrepublik besuchte und in Berlin Lobbygespräche mit Abgeordneten des Menschenrechts- und des Umweltausschusses führte. Er war Teil eines Zusammenschlusses aus Indigenen, Menschenrechtlern und Umweltschützern, der rund 750.000 Unterschriften sammelte, um einen Volksentscheid für die Rettung UNESCO-Weltnaturerbes vor weiterer Ölförderung herbeizuführen. Obwohl dafür nur etwa 600.000 Stimmen notwendig gewesen wären, scheiterte das Referendum, weil die Oberste Wahlbehörde nur knapp die Hälfte der abgegebenen Stimmen als gültig anerkannte. Grund waren angebliche Formfehler. Und obwohl unabhängige Zählungen der Polytechnischen Universität ein anderes Ergebnis lieferten, wird es keine zweite Auswertung der Listen geben. Den Soziologen David Suárez von der sogenannten „Yasunído“-Bewegung überrascht dies nicht. Die Regierung wolle die Rohstoffausbeutung mit allen Mitteln durchsetzen und gehe dabei auch autoritär vor.

In die Karten sehen lässt sie sich dabei offenbar nicht gern. Eine Delegation des Umweltausschusses der deutschen Bundesregierung, die sich Ende 2014 durch einen Recherchebesuch ein eigenes Bild von der Situation im Yasuní-Gebiet machen wollte,

wurde von der Regierung kurzerhand ausgeladen. Eduardo Pichilingue wurde bereits mehrfach bedroht. Er setzt sich seit 15 Jahren für die Rechte der indigenen Gemeinschaften Ecuadors und der in freiwilliger Isolation lebenden Tagaeri-Taromenane ein. Seine Sorge um die Zukunft dieser Menschen ist groß: „Ich kann Ihnen versichern, dass es in freiwilliger Abgeschiedenheit lebende Familien im Yasuní gibt. Sie sind Menschen wie wir alle. Es sind Frauen und Kinder, alte Menschen unter ihnen, die durch diese Aktivitäten sterben können.“ Er setzt fort: „Wir sind nicht gegen Entwicklung an sich. [...] Wir fordern Sie aber dazu auf, dies nicht weiter auf dem Rücken derjenigen Bevölkerungsschichten auszutragen – die ländliche Bevölkerung, die indigenen Gemeinschaften – die bereits in der Vergangenheit immer wieder der Erdölförderung zum Opfer fallen mussten.“ (http://www.youtube.com/watch?v=4vn_b5KBysI)

Inzwischen treibt die staatliche Ölgesellschaft Petroamazonas die für die Förderung des Öls nötigen Infrastrukturarbeiten voran. Förderanlagen, Verladestationen, Zugangsstraßen werden errichtet. Die dänische Menschenrechtsorganisation IWGIA zitiert in ihrem aktuellen Jahresbericht eine angestrebte Fördermenge von 10.000 Barrel pro Tag ab März 2016 und etwa 180.000 Barrel pro Tag auf dem Höchststand der Förderung, der für 2019 erwartet wird. Ein Barrel Rohöl entspricht 42 US-Gallonen oder 159 Liter.

Bereits von der Ölförderung verdrängt wurden die etwa 40.000 Shuar. Sie haben sich am Rand des Yasuní-Nationalparks angesiedelt. Der indigene Umweltschützer und Oberhaupt der Shuar, José Tendetza, war einer von ihnen. Die Shuar kommen ursprünglich aus einer Region weiter südlich, genannt Cordillera del Cóndor, im Grenzgebiet zu Peru. Im Lauf der Zeit wurden sie jedoch zu großen Teilen von ihren Ländereien vertrieben. Jetzt droht ihnen dieses Schicksal erneut, denn in Yasuní geht es nicht allein um Öl, sondern auch um Kupfer- und Goldvorkommen. Vor allem chinesische Konzerne arbeiten mit den ecuadorianischen Behörden zusammen, um die wertvollen Bodenschätze zu bergen. José Tendetza wandte sich gemeinsam mit anderen Mitgliedern seiner Gemeinschaft gegen die geplanten Förderungen. Nach Drohungen, versuchter Bestechung und Brandanschlägen auf seine Ernte, verschwand Tendetza am 28. November 2014 auf dem Weg zu einem Treffen mit anderen Umweltaktivisten. Sein Leichnam wurde nach einem anonymen Hinweis wenige Tage später von seinem Sohn in einem namenlosen Grab gefunden. Augenzeugenberichten zufolge war Tendetza gefesselt. Seine Leiche wies deutliche Folterspuren auf. Als Oberhaupt der Shuar hatte Tendetza heftige Kritik an den milliardenschweren Bergbauprojekten der chinesischen Firma Ecuacorriente in indigenem Gebiet geäußert. Auf dem Klimagipfel in Lima Anfang Dezember 2014 wollte er öffentlich protestieren und eine breitere Öffentlichkeit auf die drohende Zerstörung aufmerksam machen.

Die 17 Umweltschützer, die sich schließlich ohne José Tendetza auf den Weg zur Klimakonferenz in Peru machen mussten, wurden sechsmal angehalten. Schließlich

wurde ihr Bus konfisziert. Kritiker des ecuadorianischen Präsidenten glauben, dieser fürchte um den Ruf seines Landes als Vorreiter in Umweltfragen in Lateinamerika. Die Ermittlungen im Fall José Tendetza führten schließlich zu einem Mitarbeiter von Ecuacorrientes, die Bergbau in der Region betreibt und gegen deren Aktivitäten Tendetza kämpfte. Auch ein zweiter Mann wurde angeklagt. Der zuständige Richter verfügte jedoch, dass beide bis zum Prozess auf freiem Fuß bleiben. Statt Untersuchungshaft müssen sie lediglich eine elektronische Fußfessel tragen und sich zweimal im Monat melden. Das soll sicherstellen, dass die Angeklagten das Land nicht verlassen.

Brasilien: Morde und Gewalt gegen indigene Menschenrechtler und Umweltschützer nehmen zu, aber bei den Ashaninka wird die friedliche Alternative gelebt



Zwischen Fußball und den Olympischen Spielen 2016 gibt es in Brasilien eine Schattenseite, die vor allem die indigenen Gemeinschaften ertragen müssen. So auch die Guaraní-Kaiowá, die für ihr Recht auf Land kämpfen und dabei tagtäglich ihr Leben riskieren. Foto: Flickr/Ninja Midia CC BY-NC-SA 2.0

In Brasilien eskaliert die Gewalt gegenüber denjenigen Sprechern der indigenen Völker und anderen Menschenrechtlern, die sich dem ungehemmten Vormarsch der wirtschaftlichen Erschließung der letzten Naturparadiese entgegenstellen. Einerseits versucht das Land mit Sportgroßereignissen wie der Fußball WM 2014 oder den Olympischen Spielen 2016 internationales Renommee zu erringen, andererseits machen

die vielen Korruptionsskandale gerade in Firmen der Bauwirtschaft auch bei uns Schlagzeilen.

Erste Leidtragende des Raubbaus an der Natur sind die 305 indigenen Völker Brasiliens, die mit fast 900.000 Angehörigen 274 verschiedene Sprachen sprechen. So beziffert es das Brasilianische Amt für Statistik im Jahr 2010. Wie in ganz Amazonien leben auch in Brasilien meist kleine Gruppen in selbstgewählter Zurückgezogenheit. Oft haben sie aus schlechten Erfahrungen mit Kautschukzapfern Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Konsequenz gezogen, dass der Kontakt zur Außenwelt ihnen nur Tod und Leid bringt. Die katholische Menschenrechtsorganisation für die Rechte der Indigenen Völker Brasiliens CIMI gibt ihre Zahl mit etwa 100 an. Damit ist Brasilien das Land mit den meisten unkontaktierten indigenen Gemeinschaften weltweit. In seinem aktuellen Jahresbericht „Violência contra os povos indígenas no Brasil“ (Gewalt gegen die indigenen Völker in Brasilien) konstatiert der CIMI erneut eine Zunahme der Todesfälle unter den Indigenen auf 138 Ermordete und 135 Suizidfälle im Jahr 2014. Im Jahr 2012 waren noch 60 Morde registriert worden. Die Ursachen für die zunehmende Gewalt sieht der CIMI vor allem in den Auseinandersetzungen um Land zwischen Agrarindustrie, Energiekonzernen, die vor allem im Bau von Wasserkraftwerken aktiv sind, und Indigenen.

Dabei ist die rechtliche Stellung der Indigenen Völker in Brasilien auf dem Papier gut. Brasilien hat im Jahr 2002 die ILO-Konvention 196 unterzeichnet, eine rechtsverbindliche Norm für den Schutz von Indigenen Völkern und die Anerkennung Ihrer Territorien. Die UN-Konvention zu den Rechten indigener Völker hat Brasilien ebenfalls bestätigt und in der Verfassung von 1988 nach Ende der Militärdiktatur erhielten die Indigenen starke Grundrechte. Doch was nutzt das, wenn den Interessen der Wirtschaft und Industrie mehr Gewicht eingeräumt wird als rechtlichen Verpflichtungen.

Die fast 1.300 Ashaninka aus dem Bundesstaat Acre im Westen Brasiliens werden vor allem durch illegale Holzfäller und Drogenschmuggler bedroht, die von Peru aus in ihr Land eindringen. An das berühmte kleine gallische Dorf von Asterix erinnert dabei die Ashaninka-Siedlung Apiwtxa, die sich Landrechte vom brasilianischen Staate erstritten hat und die Alternative lebt - mit der Bienen-, Fisch- und Schildkrötenzucht sowie Obst- und Gemüsegärten, deren Setzlinge sie selbst ziehen. Diese Gemeinschaft um den jungen Schamanen und politischen Anführer Benki Piyãko zeigt, dass es möglich ist, mit und von dem Wald zu leben ohne ihn zu zerstören, und sogar Kahlschlagflächen wieder aufzuforsten. Die Ashaninka aus dem Dorf Apiwtxa wollen diese Wirtschaftsweise mit den benachbarten nicht-indianischen Bewohnern der Ortschaft „Mareshal Taumaturgo“ teilen. Denn sie wissen, dass der Wald nur überleben kann, wenn alle ihn schonend behandeln. Dazu haben sie die Urwaldschule Yoreka Ātame für indianische und nichtindianische Kinder und Jugendliche gegründet.



Der Ashaninka Benki Piyäko war schon von klein auf ausersehen, eine führende Position in seiner Gemeinschaft einzunehmen. Er wurde schon als zweijähriges Kind zu seinem Großvater gegeben, der ihn ausbildete und ihm das traditionelle Wissen der Asháninka, seiner Gemeinschaft, beibrachte. Foto: Moisés Moreira

Benki Piyäko wurde wegen seines Engagements für sein Volk und den Schutz des Waldes in den vergangenen Jahren bereits mehrfach mit dem Tod bedroht und auch schon tödlich angegriffen. Diese Drohungen muss man ernst nehmen. Sein engster Partner unter den benachbarten Ashaninka aus Peru Edwin Chota, der um die Anerkennung des Landtitels seiner Gemeinschaft Saweto und ebenfalls gegen den Raubbau am Wald und gegen Drogenschmuggel kämpfte, wurde am 1. September 2014 zusammen mit den Ashaninka Jorge Ríos Pérez, Leoncio Quinticima und Francisco Pinedo ermordet, als sie gerade auf dem Weg zu einem Treffen mit Benki Piyäko waren. In Peru leben weitere etwa 97.500 Ashaninka

Tragisch ist das Los der etwa 58.000 Guaraní-Kaiowá in Mato Grosso do Sul im Süden Brasiliens. 95 Prozent der Bäume wurden hier bereits abgeholzt. Das Jagen wurde den Guaraní so unmöglich gemacht. Da sie kaum noch Land besitzen, können sie auch nicht ausreichend Gemüse oder Früchte anbauen. Landrechtsverfahren werden in die Länge gezogen. Selbst wenn sie Reservate zugesprochen bekommen, wird das Land von den Großgrundbesitzern nicht geräumt, die dort Rinderfarmen oder Soja- und Zuckerrohrplantagen bewirtschaften. Wenn sie dann mit friedlichen Landbesetzungen um ihre Rechte kämpfen, werden sie häufig von bewaffneten Banden, den sogenannten

Pistoleros, im Auftrag der Grundbesitze mit Gewalt vertrieben. Dabei gibt es unter den Guaraní-Kaiowá auch immer wieder Tote. Durch den Verlust ihres Landes sind sie heute auf einem Prozent ihres ursprünglichen Gebietes zusammengedrückt. Die Versorgungssituation in den viel zu kleinen Siedlungen ist prekär. Die traditionelle spirituelle Bindung der Guaraní-Kaiowá an ihr Land „Tekohá“, von welchem sie stammen und wo ihre Seelen in ihrem Glauben die letzte Ruhe finden, reißt ab. Immer wieder versuchen Kaiowá-Guaraní, ihr ehemaliges Land zu besetzen und errichten an den Grundstücksgrenzen zwischen dem Zaun des heutigen Nutzers und dem Straßenrand behelfsmäßige Unterkünfte. Doch auch von hier werden sie immer wieder gewaltsam vertrieben.

In der Gemeinde Apika'y leben 15 Familien der Guaraní-Kaiowá. Dort teilen sie sich seit 14 Jahren weniger als fünf Hektar besetztes Land am Rand der Schnellstraße BR-463 an der Grenze zu Paraguay. Apika'y liegt zwischen einer großen Zuckerrohrplantage und kleinen Waldstücken mit einem durch Pestizide verseuchten Bach als einziger Wasserquelle. In den vergangenen vier Jahren sind bereits acht Angehörige der Gemeinde durch Verkehrsunfälle ums Leben gekommen. Laut Amnesty Brasil droht ihnen jetzt die Zwangsräumung, die ein Gericht verfügt hat.

Gegen die Guaraní-Kaiowá kommt es auch zu Scheinhinrichtungen. So wurde im Februar 2014 ein junger Kaiowá von der bewaffneten Miliz Naviraí entführt. Diese „Pistoleros“ sollten im Auftrag von Großgrundbesitzern die Indigenen vertreiben. Der Junge war auf dem Heimweg von der Arbeit in der Nähe von seiner an der BR-463 liegenden Gemeinde. Die Männer prügeln auf ihn ein, richteten ihre Schusswaffen auf ihn, befahlen ihm mehrmals, sich zu Scheinexekutionen niederzuknien, drohten, ihn in einem nahegelegenen Gewässer zu ertränken. Mit Gewalt sollte der junge Mann zur „Kooperation“ genötigt werden. Unter Morddrohungen gegen etliche Kaiowá-Führer der Gegend ließen die Männer ihn schließlich am Straßenrand zurück. Die Guaraní-Kaiowá Marinalva Manoel durfte nicht überleben. Sie wurde im November 2014 auf dem Rückweg aus Brasilia, wo sie vor den brasilianischen Behörden die Landrechte ihrer Gemeinschaft eingefordert hatte, tot am Rande einer Straße gefunden. Sie soll Ermittlungen zufolge erst vergewaltigt und dann erstochen worden sein.

Argentinien: Mapuche – Umweltschützer werden kriminalisiert

Cristina Linkopán, Oberhaupt der Mapuche-Gemeinde Gelay-Ko, und Relmu Ñamku aus der Gemeinde Winkul Newen kämpfen um ihre Lebensgrundlage. Sie leben in Argentinien in der Provinz Neuquén im nördlichen Patagonien, der an fossilen Rohstoffen drittreichsten Region weltweit. Die Mapuche sind eine indigene ethnische Minderheit, deren Territorium von einem kleineren westargentinischen Teil bis zur Küste des zentralen Chile reicht. Innerhalb der Provinz Neuquén stellen die Mapuche etwa

115.000 der circa 550.000 Einwohner. Damit leben zwei Drittel der argentinischen Mapuche in dieser Region.



Der Lago Lacar liegt in der argentinischen Provinz Neuquén direkt an der Grenze zu Chile. Doch diese atemberaubende Natur könnte bald schon der Vergangenheit angehören. Das Trinkwasser der Bevölkerung ist bereits kontaminiert. Foto: Flickr/Abel Jorge CC BY-NC-ND 2.0

Schon zu Zeiten der spanischen Kolonialisierung bevor ihr Land unter Argentinien und Chile aufgeteilt wurde galten die Mapuche als wehrhaft, denn sie leisteten den Conquistadoren erfolgreich Widerstand, entzogen sich den Eroberern und konnten so ihre Selbstständigkeit wahren. Auch im weiteren Verlauf der Geschichte kam es immer wieder zu Konflikten zwischen der staatlichen Autorität und den Indigenen, denn immer wieder müssen sich lokale Aktivisten gegen Projekte wehren, die ihre Landrechte missachten. Das Land ist für die Mapuche Teil ihrer Identität und ihre Lebensgrundlage. Ihre landwirtschaftlichen Erträge reichen zwar nicht aus, um sie zu exportieren, sind für die lokale Bevölkerung jedoch überlebenswichtig. Abgesehen von sauberem Trinkwasser sind die Gemeinden also auch im hohen Maß von nutzbaren Böden abhängig.

Bedroht wird in Neuquén beides schon seit 2010 durch konventionelle Öl- und Gasförderung und seit 2013 auch durch Fracking. Bei dieser umstrittenen Fördermethode werden große Mengen einer Mischung aus Wasser, Sand und Chemikalien unter hohem Druck in Gesteinsschichten gepresst, um diese zu spalten.

Dadurch kann das meist in Schiefer gebundene Öl oder Gas entweichen. Umweltschützer befürchten, dass Chemikalien ins Grundwasser gelangen könnten und kritisieren den immensen Wasserverbrauch. In Argentinien fördern der US-Konzern Apache und der Staatskonzern YPF gemeinsam mit der Chevron Corporation auf diese Art Öl und Gas, ohne Rücksicht auf die lokale indigene Bevölkerung. Diese versuchte, nachdem auf dem Rechtsweg keine Einigung erzielt werden konnte, unter anderem durch die Besetzung eines Bohrturmes der Firma Apache, auf ihre Notlage hinzuweisen. Für die 2013 vermutlich an den Folgen der Umweltvergiftung verstorbene Aktivistin Cristina „Tina“ Linkopán war die wasserintensive Fördermethode des Frackings Grund zur Sorge um die Wasserqualität der Region. „Das Einzige, was uns bleibt ist der Tod“, sagte die Aktivistin über die vergifteten Wasservorkommen ihrer Heimat. Tests des Ministeriums für die territoriale Entwicklung der Provinz ergaben, dass Lagunen, die auch als Trinkwasserquelle dienen, bereits heute durch Öl und Metalle, unter anderem Arsen, belastet sind. Zudem wird mehr Wasser genutzt, als die knappen politischen Vorgaben erlauben, sodass eine höhere Verschmutzung Realität ist, als Politiker und Behörden zugeben möchten.

Die Kontaminierung ist ein gravierendes gesundheitliches Problem für die Bewohner Neuquéns. Die Bürgerrechtlerin Cristina Linkopán starb am 15. März 2013 mit nur 30 Jahren an pulmonaler Hypertonie, einem Leiden, bei dem durch Gefäßverengungen der Druck auf die Lunge steigt. Die Erkrankung belastet den Körper stark, kann tödlich enden und ist in der Region weit verbreitet. Zurückzuführen ist dies nach Aussagen von Angehörigen und Medizinern mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur auf das Wasser, das trotz offizieller gegensätzlicher Versicherungen bereits nicht mehr trinkbar ist, sondern auch auf Gase, die bei der unkontrollierten Rohstoffförderung entstehen und das Atmen in Neuquén erschweren.

Auch ohne Cristina bleibt die Liste der Fracking-Gegner lang. Doch werden der Profit und die Energiegewinnung über die Rechte der Mapuche gestellt. Auch die indigene Umweltschützerin Relmu Ñamku wehrt sich öffentlich gegen die Missachtung der Rechte ihrer Volksgruppe. Die Aktivistin fühlt sich von der Regierung und der regionalen Politik im Stich gelassen. Diese betonen immer wieder den überregionalen Nutzen des Fracking für Argentinien's Wirtschaft. Kritikern zufolge spielt jedoch auch Korruption eine große Rolle. Auch den Bürgerrechtlern um Cristina Linkopán wurde Schweigegeld angeboten. Dies gehört noch zu den sanfteren Versuchen, den Protest zu ersticken. Bei einer Demonstration gegen die Abstimmung im Kongress, das Fracking in Neuquén zu erlauben, fielen Schüsse. 28 Menschen wurden verletzt. Relmu Ñamku bezeichnete den Polizei- und Justizapparat als repressiv.

Zurzeit läuft ein Verfahren gegen sie und zwei Mitstreiter wegen versuchten Mordes und Körperverletzung. Im Territorium der Gemeinde Winkul Newen wollte der US-Konzern Apache im Jahr 2012 weitere Flächen zur Erdölförderung erschließen. Relmu und andere

Umweltschützer protestierten gegen die Räumung, eine Vertreterin der Justiz wurde verletzt. Der Prozess sei politischer Natur und kriminalisiere die soziale Protestbewegung, argumentieren die Aktivisten. 15 Jahre Haft forderten die Ankläger. Im Konflikt mit den in diesem Gebiet lebenden Mapuche wurde zunächst die Identität der Indigenen angezweifelt, um ihre Rechte nicht beachten zu müssen. Schließlich wurde die Anklage von schwerer Körperverletzung zu versuchtem Mord verschärft. Obwohl das Urteil bereits Ende Juni erwartet wurde, ist der Prozess noch immer nicht abgeschlossen.